

- _____ Günther Bachmann: Boden – das vergessene Medium der Umweltpolitik _____
_____ Silvia Lazar: Was gegen die mangelhafte Problemwahrnehmung zu tun ist _____
_____ Peter Clausing: Vom internationalen Wettlauf um fruchtbare Ackerflächen _____
_____ Winfried E.H. Blum: Wie der Klimawandel die Probleme des Bodens verschärft _____

politische ökologie¹¹⁹

Peak Soil

Die unterschätzte Krise der Böden



Peak Soil

Die unterschätzte Krise der Böden



Fundorte

6 Einstiege

11 Eine Frage der Kultur

Bodenbearbeitung

Von *Caroline Ebertshäuser*

Feldforschung

14 Geachtet hat man ihn nie

Eine kurze Geschichte des Bodens

Von *Frank Uekötter*

18 Ein Fall organisierten Vergessens

Boden in der deutschen Umweltpolitik

Von *Günther Bachmann*

22 Der Weg nach Brüssel ist lang

Politische Weichenstellungen

Von *Gabriele Broll*

25 Afrika und Asien im Ausverkauf

Neokoloniale Landnahme

Von *Peter Clausing*

Ödland

30 Die chemische Zeitbombe tickt

Altlasten und neue Giftcocktails

Von *Roland Weber*

33 Riskanter Flächenfraß

Landschaftsverbrauch

Von *Ulrich Kriese*

36 Die Sanduhr läuft

Landwirtschaft in Zeiten des Klimawandels

Von *Winfried E.H. Blum*

40 Es wird wüst auf der Erde

Desertifikation

Von *Christian Opp*





Renaturierung

44 „Wir brauchen jeden Quadratmeter fruchtbaren Boden“

Die Zukunft der Ernährungssicherheit
Ein Interview mit David R. Montgomery

46 Zeit für neue Bodenhaftung

Bewusstseinsbildung
Von Silvia Lazar

49 Zurück in die Zukunft

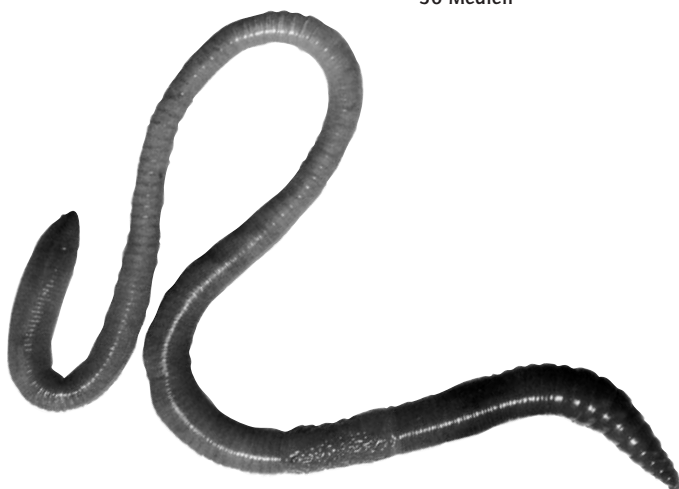
Bodenbesitzverhältnisse
Von Rolf Novy-Huy und Anne Dellgrün

Impulse

52 Projekte und Konzepte

Die Mengensteuerung macht's
 Phosphor als zentrales Ressourcenproblem

56 Medien



Spektrum Nachhaltigkeit

Teil 4
 der Reihe zum
 Weltklimagipfel
 in Kopenhagen

60 Jenseits von Nopenhagen

Internationale Klimapolitik
Von Daniel Mittler

62 Russisches Roulette auf Kosten der Bundesbürger

AKW-Gefährdungsatlas
Von Jörg Sommer

64 Neue Spielregeln zugunsten der Natur

Ressourcenverbrauch
Von Michael Haase

66 Empathie statt Ellenbogen

Mensch und Natur
Von Hans-Peter Dürr

69 Bildung, Brüderle und Bolognese

Unsere kulturelle Krise
Von Peter Finke

Rubriken

3 Editorial

72 Reaktionen

73 Vorschau/Impressum

Für die finanzielle Unterstützung danken wir:

Selbach Umwelt Stiftung



Neokoloniale Landnahme

Afrika und Asien im Ausverkauf

Von Peter Clausing

Altbekanntes Muster, verfeinerte Methoden: Statt mit Waffengewalt sichern sich heute reiche Länder und multinationale Konzerne mit dem nötigen Kleingeld üppige Ländereien in armen und korruptionsgebeutelten Staaten. Anders als behauptet, ist die neue Umverteilung von Boden keine Win-win-Situation.

ten Investoren auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten.

Obwohl die Weltmarktpreise für Getreide und andere landwirtschaftliche Produkte mittlerweile auf rund die Hälfte der Höchstpreise von 2008 zurückgegangen sind, setzte sich die Reihe von in schneller Folge abgeschlossenen Kauf- und Pachtverträgen über riesige Ländereien in zahlreichen Nationen des Südens unvermindert fort. Spätestens im Oktober 2008, als die Nichtregierungsorganisation GRAIN die erste umfassende Übersicht zum Thema veröffentlichte, begannen die Alarmglocken wegen der neuen, postkolonialen Landnahme – auch Landgrabbing genannt – in meist armen, korruptionsgebeutelten Nationen zu schrillen. (1)

Im Zuge der Implementierung von Strukturanpassungsprogrammen, die seit Anfang der 1990er-Jahre zahlreichen Ländern des Südens von der Weltbank auferlegt wurden, kam es zur „Klärung“ der Landbesitzverhältnisse nach westlichen Vorgaben. Trotz gegenteiliger Beteuerungen von Teilnehmer(inne)n der G8-Treffen, der Weltbank und Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit führten Bodenkataster-Projekte oftmals eben gerade nicht zu einem besseren Schutz der Kleinbäuerinnen und -bauern, sondern zu deren neuerlicher Vertreibung, indem öffentliches Land teils verdeckt, teils offen privatisiert wurde. Die landlosen Bauern, die über Kredite und den freiwilligen Verkauf von Land seitens der Großgrundbesitzer in den Genuss von Landeigentum kommen sollten, gerieten in eine Schuldenfalle und verloren oftmals ihr Land wieder, weil sie die kurz ge-

steckten Kredite für die häufig zu überhöhten Preisen verkauften Ländereien nicht rechtzeitig abbezahlen konnten. (2)

Schwindelerregende Zustände

Eine 2009 vom International Food Policy Research Institute (IFPRI) veröffentlichte Studie gilt nach wie vor als Referenzpunkt für das Ausmaß der neuen Landnahme, obwohl die Angabe von 15 bis 20 Millionen Hektar Ackerland, die seit 2006 von ausländischen Investoren erworben oder gepachtet wurden, angesichts der wirtschaftlichen Dynamik dieses Bereichs mittlerweile überholt sein dürfte. (3) Der tatsächliche Umfang des globalen Landgrabbing ist infolge eines Dickichts aus unterschriebenen oder umgesetzten Kauf- und Pachtverträgen, noch offenen Absichtserklärungen, nicht öffentlichen Deals sowie rückgängig gemachten und teilweise in anderer Form reaktivierten Abkommen unüberschaubar. Die vom IFPRI genannte Fläche entspricht etwa einem Fünftel der in der EU landwirtschaftlich genutzten Fläche und konzentriert sich auf afrikanische Länder wie Äthiopien, Demokratische Republik Kongo, Ghana, Kamerun, Kenia, Madagaskar, Mali, Mosambik, Somalia, Sudan, Tansania und Sambia sowie auf Länder Südasiens wie Indonesien, Kambodscha, Pakistan und die Philippinen. Fast alle gehören zum korruptesten Drittel der von Transparency International aufgeführten Länder. Deswegen kann man davon ausgehen, dass die Ausgangsposition für Vertragsabschlüsse unter Umständen vorteilhaft für Investoren, aber nachteilig für die ländliche Bevölkerung ist.

— Als im ersten Halbjahr 2008 die Weltmarktpreise für Grundnahrungsmittel explodierten, wurde der Öffentlichkeit erneut bewusst, dass Nahrungsmittel nicht aus dem Supermarkt kommen, sondern auf den Böden unseres Planeten erzeugt werden müssen. Diese wiederbelebte Erkenntnis verursachte Ängste und Begehlichkeiten und führte zu einem Flächenkauf- und -tausch bei finanzstarken Ländern mit prekärer Eigenversorgung sowie bei priva-

„Wenn ein Weltbankvertreter Mexiko als Musterland sozialer Nachhaltigkeit präsentiert, stellt sich die Frage, welche realen Chancen Sozial- und Umweltstandards bei großen Landkäufen haben.“

Einer der spektakulärsten Fälle, das geplante Leasing von 1,3 Millionen Hektar Ackerfläche in Madagaskar – die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche – durch den südkoreanischen Mischkonzern Daewoo platzte, als es im März 2009 infolge von Massenprotesten zum Präsidentenwechsel kam und der neue Präsident Andry Rajoelina den Vertrag mit Daewoo annullierte. Andererseits ließ er die indische Firma Varun International gewähren, die 465.000 Hektar zur Reisproduktion – das entspricht der halben Fläche Zyperns – gepachtet haben soll.

Ein weiterer gravierender Fall ist Äthiopien. Während alle der oben aufgeführten „Gastgeberländer“ Hilfe vom World Food Programme (WFP) erhalten, kann man für Äthiopien sagen, dass es regelrecht am Tropf des WFP hängt: 5,2 Millionen Menschen erhalten Nahrungsmittelhilfe aus dem Ausland, maßgeblich vom WFP. Unbeschadet dessen gab im Herbst 2009 der äthiopische Landwirtschaftsminister bekannt, dass die Vergabe von 2,7 Millionen Hektar Land geplant sei, von denen 1,7 Millionen Hektar bereits zur nächsten Erntesaison für die Investoren verfügbar sein sollen. Diese stehen inzwischen Schlange – derzeit liegen in Äthiopien rund 8.000 Landnutzungs- respektive Landkaufanträge ausländischer Investoren vor, von denen bereits 2.000 bewilligt sind. Allerdings leben 85 Prozent der äthiopischen Bevölkerung von der Landwirtschaft. Um deren Zukunft machen sich Weltbank und andere Institutionen keine Sorgen. Sie argumentieren, dass neue Investitionen in der glo-

– Sind Madagaskars fruchtbare Wiesen erst im Besitz ausländischer Staaten und Konzerne, ist es nur logisch zu erwarten, dass die Ernte zu hundert Prozent das Land verlassen und für die Ernährung der Bevölkerung fehlen wird.

balen Landwirtschaft dringend notwendig seien und dass es dann auch in Äthiopien zu einem Trickle-Down-Effekt für die dortige Ernährungssituation kommen würde.

Minimale Menschenrechtsprinzipien bleiben unbeachtet

Der UN-Sonderbeauftragte für das Recht auf Ernährung, Olivier de Schutter, nennt sechs Gründe für die hektischen Bemühungen um großflächige Landkäufe und -pachtungen: den Agrotreibstoff-Hype; zunehmende Schwierigkeiten einiger finanzstarker Länder, sich aufgrund von Bevölkerungswachstum, Urbanisierung und sich erschöpfender natürlicher Ressourcen aus eigener Kraft zu ernähren; den zunehmenden Wassermangel; den wachsenden Bedarf an Fasern, Holz und anderen aus den Ländern des Südens stammenden Rohstoffen; erwartete Subventionen beim CO₂-Handel, was diesen „Geschäftsbereich“ besonders attraktiv machen würde, sowie spekulationsgetriebene Landkäufe in Erwartung künftiger Preiserhöhungen bei Bo-

den und Lebensmitteln. (4) De Schutter räumt zwar ein, dass die massiven Investitionen in den Kauf von Ackerland gewisse Möglichkeiten der ländlichen Entwicklung beinhalten, ist jedoch skeptisch, was den realen Wert dieser Option anbetrifft.

De Schutter definierte elf „minimale Menschenrechtsprinzipien“, die bei großen Landkäufen Anwendung finden sollten. Dazu zählen das freie und informierte vorherige Einverständnis der lokalen Gemeinden bei Änderungen in der Landnutzung, die Förderung arbeitsintensiver Anbausysteme bei gleichzeitiger Garantierung gewerkschaftlicher Rechte für die (künftigen) Landarbeiter(innen) sowie die Förderung umweltverträglicher Produktionsmethoden. Die Frage ist, ob sich eine Welt, in der Investorenrechte über die letzten Jahrzehnte massiv gestärkt wurden, derart auf den Kopf stellen lässt. In den Präsentationen der Keynote Speaker der von der UN-Welt Ernährungsorganisation (FAO) mitorganisierten Konferenz „Land, Investment and Development“, die im Januar 2010 in Rom



stattfind, spielten verbindliche Minimalprinzipien so gut wie keine Rolle. Insofern ist der Einschätzung des Publizisten Uwe Hoering zuzustimmen, der zu den von Weltbank und FAO favorisierten freiwilligen Richtlinien und Verhaltensappellen bemerkte: „Da wundert es umso mehr, dass selbst eine nichtstaatliche Menschenrechtsorganisation wie FIAN International, die sich seit Jahren für die Landrechte von Bauern, indigenen Völkern und Hirten einsetzt, glaubt, solche unverbindlichen und auslegungsfähig formulierten Richtlinien könnten ein Instrument für soziale Bewegungen, betroffene Bevölkerungsgruppen und die Zivilgesellschaft werden, um den Anspruch auf Land und natürliche Ressourcen zu demokratisieren. Bis diese Richtlinien wirken – wenn überhaupt – gibt es keine Landrechte von Kleinbauern oder Hirtenvölkern mehr zu schützen.“ (5)

Die vier Mythen der Landnahme

Institutionen wie die Weltbank und die FAO benutzen gemeinhin die vier immer gleichen Argumente, um die Landumverteilung als Win-win-Situation darzustellen:

- Das Argument, es würden bislang ungenutzte Flächen produktiv gemacht, ignoriert die Tatsache, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten eines beachtlichen Teils der ländlichen Bevölkerung des Südens nicht in makroökonomische Kennziffern einfließen. So führen Wanderfeldbau, die Inanspruchnahme von Weiderechten, die Wasserzugangsrechte und der lokale Austausch von Gütern aus statistischer Sicht zu der Schlussfolgerung, es handele sich um ungenutztes Land.

- Die Nutzung der Flächen durch die neuen ausländischen Eigentümer führe zum Technologietransfer in die Landwirtschaft des Gastgeberlandes und steigere somit die dortige Produktivität. Abgesehen von der bislang nicht beantwortbaren Frage, ob es jemals zu einem Technologietransfer von geleasten und gekauften Flächen in die Landwirtschaft des Gastgeberlandes kommen wird, stellt sich die grundlegende Frage, ob eine vom Agrobusiness kontrollierte Landwirtschaft mit energieintensi-

ven externen Inputs, gentechnisch veränderten Sorten und Monopolen an „geistigen Eigentumsrechten“ das Modell der Zukunft darstellt oder ein Freifahrtschein in die ökologische und soziale Katastrophe für die Mehrheit der Weltbevölkerung ist.

- Wenngleich es infolge der Intransparenz unmöglich ist, das Potenzial einer „Miternährung“ eines Bevölkerungsteils des Gastgeberlandes fundiert zu beurteilen – beim Anbau von Energiepflanzen ist dieses Argument ohnehin absurd –, besteht die explizite Strategie des Outsourcing der landwirtschaftlichen Produktion in Drittländer ja doch gerade darin, Preisfluktuationen auf dem Weltmarkt abzupuffern. Es ist also nur logisch zu erwarten, dass in Zeiten hoher Weltmarktpreise, wenn die Miternährung der Bevölkerung des Gastgeberlandes besonders dringlich wäre, die Ernte zu hundert Prozent ins „Mutterland“ transferiert wird. Falls dem vertragliche Klauseln entgegenstehen sollten, besteht die reale Gefahr, dass die in den Gastgeberländern verbreitete Korruption diese Klauseln neutralisieren wird.

- Dass in einer hochtechnisierten Landwirtschaft Arbeitsplätze geschaffen werden, widerspricht sämtlichen bisherigen Erfahrungen. Es sei denn, man betrachtet einen Kleinbauern, der einst subsistenzwirtschaftlich gearbeitet hat und jetzt bei dem neuen Agrarunternehmen als Tagelöhner eingestellt ist, als jemanden, der nun endlich Arbeit gefunden hat (und lässt man dabei die anderen Kleinbauern, die keinen Job bekommen haben, außer Acht).

Eine auf der FAO-Konferenz präsentierte Einschätzung vom Weltbankberater für Landrechtsfragen, Klaus Deininger, wirft ein Schlaglicht auf den Charakter des dort geführten Diskurses. In dem Teil seiner Präsentation, die der „sozialen Nachhaltigkeit“ und Fragen der Konsultation der betroffenen Bevölkerung gewidmet ist, führt er Mexiko und die Ukraine als positive Beispiele für Flächenkauf und -pachtung an, als Länder, in denen „Mechanismen für die legale Vertretung der Vertragspartner klar und für jedermann verfügbar“ seien. So spiele vor allem Mexi-

Nachhaltigkeit

A-Z



L wie Lebensstil

Gut leben, doch nicht auf Kosten anderer – wäre das nicht erstrebenswert?

Im Moment bezahlen die Ärmsten und die kommenden Generationen unseren Wohlstand, denn wir plündern die Erde und produzieren endlos Abfall. Wir brauchen eine neue Kultur der Nachhaltigkeit – im Beruf, in der Schule, im alltäglichen Leben.

Lesen Sie im Bericht »Zur Lage der Welt 2010«, wie wir unsere Art zu wirtschaften sowie unser individuelles Handeln ändern können.

Worldwatch Institute (Hrsg.)
in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch
Zur Lage der Welt 2010:
Einfach besser leben
Nachhaltigkeit als neuer Lebensstil

300 Seiten, 19,90 EUR, ISBN 978-3-86581-202-5

Erhältlich bei
www.oekom.de
kontakt@oekom.de

oekom

Die guten Seiten der Zukunft



Wie machen Sie Boden gut?

Indem ich meinen ökologischen Fußabdruck verringere.

Zum Autor

Peter Clausing, geb. 1950, ist Agrarwissenschaftler und als freier Publizist tätig. Unter dem Pseudonym Klaus Pedersen erschien 2008 sein Buch „Naturschutz und Profit“. Er ist im Beirat der Informationsstelle Militarisierung e.V. und war viele Jahre in der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie aktiv.

Kontakt

Dr. agr. Peter Clausing

Biberkiez 10

D-14478 Potsdam

Fon/Fax ++49/(0)331/550 45 59

E-Mail pcl@jpberlin.de

ko bezüglich der Rechtssicherheit in Landfragen eine vorbildliche Rolle. Die tatsächliche Situation in Mexiko entspricht dem genauen Gegenteil. Landdispute stehen in mehreren Bundesstaaten auf der Tagesordnung und aus Menschenrechtsperspektive wurde im Januar 2010 auf der Konferenz „Mexiko: Quo vadis?“ eine Rechtsstaatlichkeit unisono als faktisch inexistent bezeichnet. In Chiapas beispielsweise, einem der am stärksten konfliktbeladenen Bundesstaaten, beabsichtigt die Regierung, Konzessionen für die Anpflanzung von Ölpalmen auf 900.000 Hektar zu vergeben, was wegen besagter Rechtlosigkeit große Besorgnis bei zahlreichen NGOs ausgelöst hat. Wenn nun ein Weltbankvertreter Mexiko als Musterland sozialer Nachhaltigkeit und Konsultation präsentiert, stellt sich die Frage, welchen Realitätsgehalt derlei Aussagen haben und welche realen Chancen es gibt, bei den großen Landkäufen Sozial- und Umweltstandards, womöglich auf freiwilliger Basis, überhaupt zur Geltung zu bringen. Auf dem Meeting in Rom waren FAO und Weltbank vor allem mit Vorschlägen zu Regeln für eine freiwillige Kontrolle präsent – eine Pseudooption ähnlich dem „Roundtable on Sustainable Palm Oil“. Verbindliche gesetzliche Regelungen verbannte nicht nur Referent Bernd Schanzenbächer vom Schweizer Unternehmer EBG Capital in den Bereich eines „langen holprigen Weges, bei dem es lange Zeit braucht, um ein positives Ergebnis zu sichern“.

Widerstand bleibt lokal

Die aktuelle Situation und die Dynamik des Prozesses rufen eigentlich nach einem globalen Moratorium für Landtransaktionen, zum Beispiel bis die vom UN-Sonderbeauftragten de Schutter geforderten Minimalprinzipien verbindlich und sanktionierbar implementiert sind – eine Forderung, die ähnlich geringe Chancen auf Durchsetzung hat wie die Minimalprinzipien selbst. So wird es dem lokalen Basiswiderstand, der sich in verschiedenen Regionen formiert, vorbehalten bleiben, unter Umständen die schlimmsten Fälle von Enteignung und Entwurzelung der lokalen

Bevölkerung zu verhindern und an bestimmten Brennpunkten der weiteren Ausbreitung eines umweltzerstörerischen industriellen Modells der Landwirtschaft Einhalt zu gebieten. _____

Anmerkungen

(1) www.grain.org/briefings_files/landgrab-2008-en.pdf

Auf Deutsch erschienene umfassende Übersicht: Fritz, Thomas (2009): Peak Soil. Die globale Jagd nach Land. Berlin.

(2) Bereits vor dem Ausbruch des großen Flächenkaufrauschs gab es Landkäufe neuen Stils von tausend Hektar und mehr. Ein Beispiel dafür ist der Kauf von 2.000 Hektar Land in Uganda durch die Hamburger Kaffeeirma Neumann im Jahr 2001, die mit der Zwangsumsiedlung von 2.000 Menschen verbunden war.

(3) www.ifpri.org/sites/default/files/publications/bp013all.pdf

(4) De Schutter, Olivier (2009): Large-Scale Land Acquisitions and Leases: A Set of Minimum Principles and Measures to Address the Human Rights Challenge. United Nations Report A/HRC/13/33/Add. 2.

(5) www.globe-spotting.de/comments_archiv.html#anker (Leitlinien für Landraub)